



ASYL

Von Idomeni nach Osnabrück

Stadtrat unterstützt Initiative: 50 Frauen und Kinder dürfen ihren Männern und Vätern folgen

Die Stadt Osnabrück unterstützt die Initiative „50 Menschen aus Idomeni nach Osnabrück bringen“. Das hat der Rat in der vergangenen Woche beschlossen. Ein erster Schritt, sagt Renate Heise von der örtlichen „Flüchtlingshilfe Rosenplatz“, sei dieser Beschluss: „Die große Hürde ist noch nicht genommen.“ Sie fordert, dass die Bundesregierung das EU-Programm „Relocation“ umsetzt und weitere Geflüchtete aufnimmt.

Der Bund hat zugesagt, 27.500 geflüchtete Menschen ins Land zu holen, die in Italien und Griechenland gestrandet sind. Insgesamt soll das „Relocation“-Programm 160.000 Menschen in Europa verteilen, die eines besonderen Schutzes bedürfen. Nach Angaben der Europäischen Kommission hat Deutschland in diesem Rahmen 37 Menschen aus Griechenland und 20 aus Italien aufgenommen.

Angesichts der katastrophalen humanitären Bedingungen, unter denen die Menschen im Flüchtlingscamp im griechischen Idomeni leben mussten, hat sich in Osnabrück ein Bündnis gebildet, dem neben der Flüchtlingshilfe Rosenplatz auch der Flüchtlings-Verein Exil, aber etwa auch die katholische Kirche, angehören. Seine Forderung: 50 Menschen aus Idomeni sollen in die Stadt kommen dürfen.

Renate Heise hat über ihre Kontakte zu Menschen aus dem Irak und Syrien ausgemacht, wer nach Osnabrück kommen soll: Es handele sich vor allem um Frauen und Kinder, deren Männer und Väter bereits in Osnabrück aufgenommen worden seien, sagt sie.

Der Rat der Stadt Osnabrück hat nun beschlossen, die Initiative zu unterstützen. Deren Arbeit sei „ein starkes Zeichen tief empfundener Solidarität mit Geflüchteten“, heißt es im Beschluss. Man wolle das niedersächsische Innenministerium, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie das European Asylum Support Office darum bitten, den geplanten Familiennachzug nach Osnabrück zu ermöglichen. Allerdings: Die 50 nun in Rede stehenden Geflüchteten sollen nicht die ohnehin vorgesehenen Zahlen erhöhen: „Der Rat geht davon aus, dass die 50 Flüchtlinge auf die von Osnabrück zu erfüllende Aufnahmequote des Landes Niedersachsen angerechnet werden.“

„So positiv das Signal aus Osnabrück auch sein mag, so gering erscheint die Zahl von 50 Flüchtlingen in einer Stadt von über 150.000 Einwohnern“, befindet denn auch Niedersachsens Flüchtlingsrat auf seiner Internetseite.

aus der taz

vom 24. 6. 2016

THOMAS WÜBKER

taz.zahl ich

Unser Artikel hat Ihnen gefallen?
Sie können dafür bezahlen!

 oder €

[per Handy](#) | [PayPal](#) | [Lastschrift](#) | [Kreditkarte](#) | [Überweisung](#) | [Bitcoin](#)

taz.de

POLITIK	ÖKO	GESELLSCHAFT	KULTUR	SPORT	BERLIN	NORD	WAHRHEIT
Deutschland	Ökonomie	Alltag	Musik	Fußball		Hamburg	bei Tom
Europa	Ökologie	Debatte	Film	Kolumnen		Bremen	über die
Amerika	Arbeit	Kolumnen	Künste			Kultur	Wahrheit
Afrika	Konsum	Medien	Buch				
Asien	Verkehr	Bildung	Netzkultur				
Nahost	Wissenschaft	Gesundheit					
Netzpolitik	Netzökonomie	Reise					

Abo	taz.zahl ich	Café	Hausblog	LE MONDE diplomatique
Info	Panter Preis	Neubau	Blogs	KONTEXT: Wochenzeitung
Anzeigen	zeozwei	Panter Stiftung	Reisen in die	Recherchefonds Ausland
Genossenschaft	ePaper	taz.am wochenende	Zivilgesellschaft	Hilfe
Shop	Archiv	Nord	bewegung	

Hilfe Redaktionsstatut Impressum RSS Mobil Datenschutz Newsletter Kontakt

Alle Rechte vorbehalten. Für Fragen zu Rechten oder Genehmigungen wenden Sie sich bitte an lizenzen@taz.de

suchen ...

